Kassel documenta Stadt
Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Umwelt und Energie

Geschäftsstelle:
Hauptamt
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Sabine John
sabine.john@kassel.de
Telefon 0561 787 1226
Fax 0561 787 2182

Rathaus
Obere Königsstraße 8
34117 Kassel
W 224a

Behördennummer 115
Rechtshinweise
zur elektronischen
Kommunikation
im Impressum unter
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Umwelt und Energie
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

8. September 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **39.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie lade ich ein für

Dienstag, 15. September 2020, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel.

Während der Sitzung sind die Hygiene- und Abstandsregelungen einzuhalten, und es wird empfohlen, eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen.

Schrift: Kassel 10 pt, Zeilenabstand: 14 pt, Dateiformat: pdf

Tagesordnung:

1. **Verzicht auf Einweg-Plastikprodukte**
   Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26. August 2019
   Bericht des Magistrats
   -101.18.1359-

2. **Projekt "Urbane Waldgärten - Mehrschichtig, mehrjährig, funktional" in Kooperation mit der Universität Potsdam im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt**
   Vorlage des Magistrats
   Berichterstatter/in: Stadtbaurat Christof Nolda
   - 101.18.1783 -
   (gleichzeitig im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen)

3. Flexibilisierungs- und Speichermaßnahmen planen
Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Volker Berkhout
- 101.18.1615 - *) und Änderungsantrag der AfD-Fraktion

4. Papierverbrauch bei der Stadtverwaltung
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann
- 101.18.1680 -

5. Gesunde und kostengünstige Nahrung für unsere Kinder
Antrag der SPD-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Dr. Cornelia Janusch
- 101.18.1812 -

6. Resolution zum Erhalt des Kasseler Kraftwerks
Antrag der AfD-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Sven Dreyer
- 101.18.1821 -

Mit freundlichen Grüßen

Eva Koch
Vorsitzende

Niederschrift
über die 39. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Energie
am **Dienstag, 15. September 2020, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Stefan Kurt Markl, 1. stellvertretender Vorsitzender, SPD
Stefan Kortmann, 2. stellvertretender Vorsitzender, CDU
Dieter Beig, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Eva Koch)
Dr. Rabani Alekuzei, Mitglied, SPD
Sascha Gröling, Mitglied, SPD (Vertretung für Christiane Miehe)
Hermann Hartig, Mitglied, SPD (Vertretung für Dr. Cornelia Janusch)
Regina Nebelung, Mitglied, CDU
Brigitte Thiel, Mitglied, CDU
Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne
Sven René Dreyer, Mitglied, AfD (ab 17:05 Uhr)
Mark Bienkowski, Mitglied, Kasseler Linke
Volker Berkhout, Mitglied, Piraten
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Freie Wähler (WfK) (ab 17:04 Uhr)

Teilnehmer mit beratender Stimme
Metin Öztürk, Vertreter des Ausländerbeirates
Mark Willich, Vertreter des Behindertenbeirates

Magistrat
Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Schriftführung
Sabine John, Hauptamt - Büro der Stadtverordnetenversammlung
Feyza Tanyeri, Hauptamt - Büro der Stadtverordnetenversammlung

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Dr. Anja Starick, Umwelt- und Gartenamt
Christine Schneider, Umwelt- und Gartenamt

Tagesordnung:

1.	**Verzicht auf Einweg-Plastikprodukte**	101.18.1359
2.	**Projekt "Urbane Waldgärten - Mehrschichtig, mehrjährig, funktional" in Kooperation mit der Universität Potsdam im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt**	101.18.1783
3.	**Flexibilisierungs- und Speichermaßnahmen planen**	101.18.1615
4.	**Papierverbrauch bei der Stadtverwaltung**	101.18.1680
5.	**Gesunde und kostengünstige Nahrung für unsere Kinder**	101.18.1812
6.	**Resolution zum Erhalt des Kasseler Kraftwerks**	101.18.1821

1. stellvertretender Vorsitzender Markl eröffnet die mit der Einladung vom 8. September 2020 ordnungsgemäß einberufene 39. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Auf Antrag des Stadtbaurats Nolda wird der Bericht zum Tagesordnungspunkt 1 betr. Verzicht auf Einweg-Plastikprodukte, 101.18.1359, von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Wegen Beratungsbedarf ziehen Stadtverordneter Berkhout, Fraktion FDP+Freie Wähler+Piraten, und Frau Dr. Janusch, SPD-Fraktion, folgende Tagesordnungspunkte für ihre Fraktionen zurück:

3 betr. Flexibilisierungs- und Speichermaßnahmen planen, 101.18.1615,
und
5 betr. Gesunde und kostengünstige Nahrung für unsere Kinder, 101.18.1812.

Diese Tagesordnungspunkte werden für die Tagesordnung der nächsten Sitzung vorgemerkt.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

1. stellvertretender Vorsitzender Markl stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Verzicht auf Einweg-Plastikprodukte
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26. August 2019
Bericht des Magistrats
-101.18.1359-

Abgesetzt

2. Projekt "Urbane Waldgärten - Mehrschichtig, mehrjährig, funktional" in Kooperation mit der Universität Potsdam im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1783 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Durchführung und Finanzierung des Projekts ‚Urbane Waldgärten – Mehrschichtig, mehrjährig, funktional. Teilprojekt: Waldgärtnern in Kassel' (kurz: ‚Urbane Waldgärten') im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt in Kooperation mit der Universität Potsdam wird vorbehaltlich der Förderzusage zugestimmt."

Frau Dr. Starick, Umwelt- und Gartenamt, führt in das Thema ein und erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation.
Im Anschluss beantworten Stadtbaurat Nolda und Frau Dr. Starick, Umwelt- und Gartenamt, die sich anschließenden Nachfragen.

Der Ausschuss für Umwelt und Energie fasst bei
Zustimmung: Einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: CDU, AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Projekt "Urbane Waldgärten - Mehrschichtig, mehrjährig, funktional" in Kooperation mit der Universität Potsdam im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt, 101.18.1783, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Alekuzei

3. Flexibilisierungs- und Speichermaßnahmen planen
Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten
- 101.18.1615 -

Abgesetzt

4. Papierverbrauch bei der Stadtverwaltung
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.1680 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viel Kopier- und Schreibpapier wurde im Jahr 2019 von der Stadtverwaltung verbraucht?

2. Wie viel Papier wurde zusätzlich von privaten Personen, Firmen, Planungsbüros, Firmen, etc. für die Behandlung und Entscheidung in Verwaltung und Gremien angeliefert?

3. Welche Belastungen der Umwelt sind bei der Produktion dieser Papiermengen entstanden?

4. Trifft es zu, dass für die Mitglieder städtischer Gremien für anstehende Beratungen und Beschlüsse pro Mitglied je 2 Exemplare der jeweiligen Vorlage erzeugt werden?

5. Wenn ja, warum?

6. Wie hält es der Magistrat mit der Frage der Vermeidung von Papier im digitalen Zeitalter?

7. Hat der Magistrat das umweltpolitische Ziel der Verringerung von Papierverbrauch innerhalb der Stadtverwaltung, das auch im Einklang mit der Reduzierung von Kosten steht, aufgegeben?

8. Wenn ja, warum?

Stadtverordnerter Kortmann, CDU-Fraktion, begründet die Anfrage.
Stadtbaurat Nolda beantwortet die Anfrage. Die schriftliche Beantwortung wird der Niederschrift beigefügt.

Nach Beantwortung durch Stadtbaurat Nolda erklärt 1. stellvertretender Vorsitzender Markl die Anfrage für erledigt.

5. Gesunde und kostengünstige Nahrung für unsere Kinder
Antrag der SPD-Fraktion
- 101.18.1812 -

Abgesetzt

6. Resolution zum Erhalt des Kasseler Kraftwerks
Antrag der AfD-Fraktion
- 101.18.1821 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung setzt sich uneingeschränkt für den Erhalt des Kasseler Kraftwerks und die damit verbundenen Arbeitsplätze und die Unabhängigkeit und Sicherheit der Kasseler Energieversorgung ein.

Der Einsatz und die Fortentwicklung alternativer Brennstoffe zur weiteren Schadstoffreduktion im Kraftwerksbetrieb, werden von der Stadtverordnetenversammlung ausdrücklich begrüßt. Das klare Bekenntnis zu einer regionalen Versorgung mit Energie und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Stadt, dürfen jedoch nicht von einem einhundertprozentigen Ersatz des derzeitigen Brennstoffs Kohle abhängig gemacht werden.

Der Magistrat wird aufgefordert, der Kraftwerkserhaltung den unbedingten Vorrang vor Schadstoffreduktionsforderungen einzuräumen, die den Bestand des Kraftwerks und die damit verbundenen Arbeitsplätze gefährden könnten. Gleichwohl sind eine umweltschonende Verbrennung und der Einsatz moderner Technik zu fördern.

Stadtverordneter Dreyer, AfD-Fraktion, begründet den Antrag.

Der Ausschuss für Umwelt und Energie fasst bei
Zustimmung: AfD
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP+Freie Wähler+Piraten, WfK
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Resolution zum Erhalt des Kasseler Kraftwerks, 101.18.1821, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Kortmann

Ende der Sitzung: 17:40 Uhr

Stefan Kurt Markl
1. stellvertretender Vorsitzender

Sabine John
Schriftführerin

Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung

26. August 2019

Verzicht auf Einweg-Plastikprodukte
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst
- 101.18.1359 -

➢ **Geänderter gemeinsamer Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt,

1. bis Sommer 2020 eine Strategie zu entwickeln um bei Veranstaltungen der Stadt selbst, sowie in kommunalen Einrichtungen, auf Einwegplastik bzw. Wegwerfprodukte aus Plastik verzichten zu können. **Die Strategie wird im Ausschuss für Umwelt und Energie vorgestellt.**
2. eine Aufklärungsoffensive zusammen mit den Stadtreinigern zu entwickeln und umsetzen, um Bildungseinrichtungen und weitere Institutionen und Einrichtungen konsequent über die negativen Auswirkungen von Plastikmüll zu informieren und darüber aufzuklären was jeder dazu beitragen kann, Einweg-Plastikprodukte zu vermeiden.
3. Zertifikate, in Zusammenarbeit mit geeigneten Initiativen wie zum Beispiel @Kasselplastikfrei, sei es an den Einzelhandel, der Gastronomie oder an Schulen **und städtischen Unternehmen**, die sich für die Vermeidung von Einweg-Plastikprodukten einsetzen, zu vergeben.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Ernst betr. Verzicht auf Einweg-Plastikprodukte, 101.18.1359, wird **zugestimmt.**

Volker Zeidler
Stadtverordnetenvorsteher

Nicole Eglin
Schriftführerin

Vorlage Nr. 101.18.1783

25. August 2020

Projekt "Urbane Waldgärten - Mehrschichtig, mehrjährig, funktional" in Kooperation mit der Universität Potsdam im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt

Berichterstatter/-in: Stadtbaurat Christof Nolda

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Durchführung und Finanzierung des Projekts ‚Urbane Waldgärten – Mehrschichtig, mehrjährig, funktional. Teilprojekt: Waldgärtnern in Kassel' (kurz: ‚Urbane Waldgärten') im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt in Kooperation mit der Universität Potsdam wird vorbehaltlich der Förderzusage zugestimmt."

Begründung:

Mit Beschluss vom 04.05.2020 hat der Magistrat der Teilnahme an dem Projekt ‚Urbane Waldgärten – Mehrschichtig, mehrjährig, funktional' (kurz: ‚Urbane Waldgärten') im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt in Kooperation mit der Universität Potsdam zugestimmt (Vorlage 180/ 2020). Damit hat die Stadt Kassel fristgerecht zum 31.05.20 den Vollantrag für das Projekt beim Fördermittelgeber eingereicht.

Eine Eingangsbestätigung mit der Mitteilung, dass sich der Antrag in Prüfung befindet, ist beim Umwelt- und Gartenamt am 15.06.20 eingegangen. Aufgrund der Kooperation mit der Universität Potsdam, der als Initiatorin und Verbundkoordinatorin des Projekts seitens des Fördermittelgebers großes Interesse an diesem Projekt signalisiert wurde, ist eine Genehmigung des Vollantrags zu erwarten.

Die Ortsbeiräte Waldau und Bad Wilhelmshöhe wurden im Mai 2020 schriftlich über das Projekt informiert und haben es bei ihren Sitzungen als TOP besprochen: Der OBR Waldau hat das Projekt in seiner Sitzung am 23.06.20 einstimmig beschlossen: „Der OBR Waldau unterstützt das Projekt Urbane Waldgärten und begrüßt es, wenn sich die Stadt Kassel für eine Teilnahme an diesem Projekt bereit

erklärt. Der Ortsbeirat Waldau kann sich eine solche Entwicklung der dafür in Betracht gezogenen Fläche sehr gut vorstellen.“[1]
Der OBR Bad Wilhelmshöhe „hat die Projektidee des ‚Urbanen Waldgartens‘“ in seiner Sitzung am 25.06.20 einstimmig „positiv zur Kenntnis genommen“.[2]

Es sind in Kassel insgesamt zwei Urbane Waldgärten geplant, für die derzeit die Flächen in Waldau (Wahlebachgrünzug) und Bad Wilhelmshöhe (Marbachshöhe, Wilhelm-Rohrbach-Platz mit voraussichtlich Erweiterungsflächen auf dem Schulhof der Jean-Paul-Schule) im Fokus stehen.
Neben nach Stand der Prüfung guten Eignung aus fachlicher Sicht besteht ein hohes Interesse aus der Stadtgesellschaft an beiden Flächen.
Eine Entwicklung, welche der Zweckbestimmung der Flächen entspricht und dem Denkmalschutz Rechnung trägt (denkmalgeschützte „Gesamtanlage Wittichkaserne"), wird als möglich erachtet. Detailliertere Untersuchungen und Abstimmungen wurden teilweise schon durchgeführt (z.B. Boden) bzw. werden Bestandteil des Hauptvorhabens (z.B. Denkmalschutz) und weiterer Abstimmungen mit der Stadtgesellschaft sein.

Für beide Standorte – Wahlebachgrünzug und Wilhelm-Rohrbach-Platz - wurden Bodenuntersuchungen durchgeführt.
Die Bodenuntersuchungen haben ergeben, dass die ausgewählte Fläche am Wahlebachgrünzug für eine gärtnerische Nutzung geeignet ist.
Beim Wilhelm-Rohrbach-Platz haben die Bodenuntersuchungen gezeigt, dass vor einer gärtnerischen Nutzung der vorausgewählten Einzelflächen Bodenverbesserungsmaßnahmen erforderlich sein werden. Die Umsetzung von jeweils einem Urbanen Waldgarten ist an beiden Standorten möglich.

Änderungen und Erweiterungen, die sich ggf. im Laufe der Fördermaßnahme und Realisierung von Projekten ergeben, sind in Abstimmung mit der Universität Potsdam und dem Fördermittelgeber möglich.

Zur ständigen Entwicklung und Umsetzung des Projekts ist geplant, zwei Stellen einzurichten, die über das Projekt finanziert werden (siehe Finanzierung). Eine volle Stelle ist für eine*n Projektmanager*in vorgesehen, die anderen beiden halben Stellen jeweils als Projektmoderator*in und als Sachbearbeiter*in Umweltbildung.

Die geplante Projektlaufzeit beträgt 6 Jahre (2020-2026).

[1] Beschluss des OBR Waldau, Sitzung vom 23. Juni 2020
[2] Beschluss des OBR Bad Wilhelmshöhe, Sitzung vom 25. Juni 2020

Finanzierung:
Für die Abgabe des Vollantrags beim Fördermittelgeber wurde die ursprüngliche Vorkalkulation der Universität Potsdam für zwei Urbane Waldgärten in Kassel sowie der dazu erforderlichen Aufträge an Dritte, Betriebskosten etc. und der Schaffung von drei Stellen (2 VZÄ) vom Umwelt- und Gartenamt überarbeitet. Dabei zeigte sich, dass die geschätzten Kosten entsprechend der unten aufgeführten Aufstellung für zwei Waldgärten höher ausfallen werden.

Die Fördermittelrichtlinie zum Bundesprogramm Biologische Vielfalt sieht vor, dass die Bundesmittel maximal 75 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben betragen (Anteilfinanzierung). Die restlichen 25 % müssen durch Eigenmittel oder andere Drittmittel eingebracht werden.

Die Gesamtinvestitionskosten des Projektes in Kassel sind für die Jahre 2020 bis 2026 mit einem Volumen von 1,850 Mio. EUR (Brutto) und einem Eigenanteil in Höhe von 463 TEUR (Brutto) für die Stadt Kassel kalkuliert.

Im Haushaltsplan sind als Ausgabeermächtigung in 2020 ein Ansatz i.H.v. 200 TEUR und im Investitionsplan 2022 i.H.v. 500 TEUR mit einem städtischen Eigenanteil (Kreditbedarf) i.H.v. 210 TEUR (60 TEUR in 2020 u. 150 TEUR in 2022) eingeplant.

Für die bauliche Umsetzung des Projektes sind in der Investitionsplanung 2024 bis 2026 sind Ansätze i.H.v. 1,15 Mio. EUR (Brutto) und ein Eigenanteil (Kreditbedarf) i.H.v. 253 TEUR (Brutto) vorgesehen und in folgendem Bereich veranschlagt:

Produktbereich 09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation
Produktgruppe 511	Räumliche Planung und Entwicklungsaufgaben
Produkt 51102	Umweltplanung
INV-Nr.: 6703100102	Modellprojekt Masterplan Stadtnatur
Kostenstelle: 674001	Umweltplanung
Hauptkostenträger:	511020104 Nachhaltigkeit u. 511020103 Klimaschutz

Der Magistrat hat die Vorlage (Vorlage 273/ 2020) am 17.08.2020 beschlossen.

Christian Geselle
Oberbürgermeister

Kassel documenta Stadt

FDP, FREIE WÄHLER und PIRATEN
Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 2500
Telefax 0561 787 2502
fraktion@fdp-freiewaehler-piraten.de

12. Februar 2020

Vorlage Nr. 101.18.1615

Flexibilisierungs- und Speichermaßnahmen planen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt einen Maßnahmenplan für den Einsatz von Flexibilisierungs- und Speichertechnologien in der Stadt zu erarbeiten.

Dies soll in Abstimmung mit dem Klima**schutz**rat und den **daran angegliederten** Themenwerkstätten geschehen.

Begründung:

Auf dem Weg zu dem Ziel einer Vollversorgung mit Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien entsprechend der Ziele zur Energiewende-Charta Nordhessen und zur Erreichung der Klimaneutralität der Stadt bis 2030 sind auch Maßnahmen erforderlich, die eine Flexibilisierung der elektrischen und thermischen Lasten und damit eine effizientere Nutzung der erneuerbaren Energien ermöglichen. Ergänzend dazu sind Speichertechnologien aufzubauen um eine nachhaltige, effiziente und zuverlässige Energieversorgung zu gewährleisten.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Volker Berkhout

gez. Matthias Nölke
Fraktionsvorsitzender

CDU Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
info@cdu-fraktion-kassel.de
www.CDU-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.18.1680

11. Mai 2020

Papierverbrauch bei der Stadtverwaltung

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viel Kopier- und Schreibpapier wurde im Jahr 2019 von der Stadtverwaltung verbraucht?

2. Wie viel Papier wurde zusätzlich von privaten Personen, Firmen, Planungsbüros, Firmen, etc. für die Behandlung und Entscheidung in Verwaltung und Gremien angeliefert?

3. Welche Belastungen der Umwelt sind bei der Produktion dieser Papiermengen entstanden?

4. Trifft es zu, dass für die Mitglieder städtischer Gremien für anstehende Beratungen und Beschlüsse pro Mitglied je 2 Exemplare der jeweiligen Vorlage erzeugt werden?

5. Wenn ja, warum?

6. Wie hält es der Magistrat mit der Frage der Vermeidung von Papier im digitalen Zeitalter?

7. Hat der Magistrat das umweltpolitische Ziel der Verringerung von Papierverbrauch innerhalb der Stadtverwaltung, das auch im Einklang mit der Reduzierung von Kosten steht, aufgegeben?

8. Wenn ja, warum?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Michael von Rüden
Fraktionsvorsitzender

Kassel, 19.05.2020

Jutta Arbter
Tel. 1280

Anfrage im Ausschuss für Umwelt und Energie:
„Papierverbrauch in der Stadtverwaltung"

Vorlage Nr. 101.18.1680

Frage 1:

Wie viel Kopier- und Schreibpapier wurde im Jahr 2019 von der Stadtverwaltung verbraucht?

Antwort:

2019	DIN A4	12.327.000, davon 12.175.000 mit dem Blauen Engel
	DIN A3	328.500, davon 328.500 mit dem Blauen Engel

2018: DIN A4 mit Blauem Engel: 11.342.500 (ohne Blauen Engel: 250)

Gesamt DIN A4: 11.342.750

DIN A3 mit Blauem Engel: 202.500 (ohne Blauen Engel: 0)

2017: DIN A4 mit Blauem Engel: 11.363.750, DIN A4 ohne Blauen Engel: 465.750

Gesamt DIN A4: 11.829.500

DIN A3 mit Blauem Engel: 266.000 (ohne Blauen Engel: 3.000)

Gesamt DIN A3: 269.000

Anmerkung:

In diesen Zahlen ist der Verbrauch der städtischen Ämter und der Hausdruckerei berücksichtigt. Das Papier, welches für die Schulen benötigt wird, wird größtenteils durch das Land beschafft und zur Verfügung gestellt. Der Verbrauch durch die Schulen kann daher nicht beziffert werden und wurde bei der Aufstellung nicht berücksichtigt.

Frage 2: Wie viel Papier wurde zusätzlich von privaten Personen, Firmen, Planungsbüros, Firmen etc. für die Behandlung und Entscheidung in Verwaltung und Gremien angeliefert?

Antwort:

Diese Frage lässt sich nicht seriös beantworten, da die Mengen dezentral in den Ämtern und Dezernaten nicht erfasst werden.

Frage 3: Welche Belastungen der Umwelt sind bei der Produktion dieser Papiermengen entstanden?

Antwort:

Auch diese Frage lässt seitens der Stadtverwaltung nicht abschließend beantworten. Umweltbelastungen entstehen natürlich im Produktionsprozess (Energie, Wasser etc.), und durch den Transport und durch Entsorgung.

<u>Grundsätzlich kann festgestellt werden:</u>

Bei der Herstellung von 1 kg Recyclingpapier (ca. 200 Blatt Papier) werden folgende Ressourcen benötigt:

- 1,2 kg Altpapier, 2 kWh Energie, 15 Liter Wasser
- und die Abwasserbelastung beträgt 3 g CSB (schwach belastetes Abwasser)

Zum Vergleich werden bei der Herstellung von 1 kg Primärpapier folgende Ressourcen benötigt:

- 2,2 kg Holz, 5 kWh Energie, 50 Liter Wasser
- und die Abwasserbelastung beträgt 15 g CSB

Frage 4 und 5:
Trifft es zu, dass für die Mitglieder städtischer Gremien für anstehende Beratungen und Beschlüsse pro Mitglied je 2 Exemplare der jeweiligen Vorlage erzeugt werden?

Antwort:

Nach Auskunft des Büros der Stadtverordnetenversammlung ist es geübte Praxis, dass eine Vorlage des Magistrats jeweils einmal für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und

die Sitzung des Ausschusses bzw. die Sitzungen der Ausschüsse, in denen diese behandelt wird, versendet werden. Die Einführung eines Drucksachen-Verfahrens (jeder erhält nur einmal die Vorlage und bringt sie eigenverantwortlich zu jeder Sitzung mit) zur Verminderung des Papieraufkommens wurde vor Jahren nach einer Testphase wieder eingestellt.

Dem vorgeschaltet erhalten auch der zuständige Ortsbeirat, die zuständige Kommission und der Magistrat zur Entscheidungsfindung die Vorlage.

Der Verteiler der Unterlagen ist dabei nicht begrenzt auf die Mitglieder des jeweiligen Gremiums, sondern die Unterlagen erhalten auch Teilnehmer mit beratender Stimme und verschiedene Vertretungen der Verwaltung, die Presse pp

Frage 6: Wie hält es der Magistrat mit der Frage der Vermeidung von Papier im digitalen Zeitalter?

Antwort:

Papier ist aus Gründen des Umweltschutzes selbstverständlich, wo immer möglich, zu vermeiden. Diesem Umstand trägt die Verwaltung unter anderem durch einen umfangreichen, weitestgehend barrierefreien Internet-Auftritt Rechnung (Stichwort „digitales Rathaus"). Hier können die Bürgerinnen und Bürger zahlreiche Dienst- und Service-Angebote online in Anspruch nehmen.

Dieses Angebot wird stetig erweitert. Das Ziel ist, neben einem digitalen Antragseingang auch die sich anschließende und bisher meist papiergebundene Bearbeitung auf (soweit wie möglich) digitale und medienbruchfreie Workflows umzustellen. Zudem wird stets eine Optimierung der zugrundeliegenden Verwaltungsprozesse angestrebt. Durch die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) ist die Verwaltung verpflichtet, bis zum 31. Dezember 2022 eine große Zahl von Verwaltungsprozessen online anzubieten.

Daneben ist beabsichtigt, weitere Bereiche, in denen Fachverfahren eingesetzt werden, mit einer elektronischen Akte (eAkte) zu versorgen. Auch hier sind die Abläufe in den Fachämtern zu betrachten und ggf. Schnittstellen zwischen dem Fachverfahren und der eAkte zu entwickeln, was nur eine schrittweise Umsetzung zulässt. Zudem laufen vorbereitende Arbeiten, um die eAkte auch für Verwaltungsprozesse einzuführen, die nicht mittels Fachverfahren oder automatisierter Vorgangsbearbeitung abgewickelt werden können (oder die Digitalisierung des Prozesses aus anderen Gründen nicht wirtschaftlich ist).

Durch diese Maßnahmen (Beispiel: digitale Bauakte) wird der Papierverbrauch insgesamt sinken. Relativierend muss man allerdings feststellen, dass Experten immer wieder auf das Phänomen hinweisen, dass – je mehr Informationen digital zur Verfügung stehen – diese auch relativ mehr ausgedruckt werden (unter Umweltgesichtspunkten kontraproduktiv).

Frage 7: Hat der Magistrat das umweltpolitische Ziel der Verringerung von Papierverbrauch innerhalb der Stadtverwaltung, das auch im Einklang mit der Reduzierung von Kosten steht, aufgegeben?

Antwort:

Nein, in keiner Weise.

Christof Nolda

Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
buero@spd-fraktion-kassel.de

Vorlage Nr. 101.18.1812

1. Dezember 2020

Gesunde und kostengünstige Nahrung für unsere Kinder

Geänderter Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, ob sich die Stadt Kassel an dem Netzwerk „Food-Hub-Nordhessen“ beteiligen kann.

Begründung:

Letztes Jahr wurde das Projekt „Food-Hub Nordhessen“ im Ausschuss für Umwelt und Energie vorgestellt und der Ausschuss hat den Beitritt der Stadt Kassel signalisiert, weil es bei diesem Projekt um kostengünstige, gesunde Nahrung für die Menschen in unserer Region und besonders für unsere Kinder geht. Außerdem ist die Ernährungspädagogik Teil des Projektes. So wird alljährlich den Schulen sowie Kitas der Region ein einwöchiges Projekt mit dem Titel „gesunde und kostengünstige Nahrung aus der Region“ angeboten.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Dr. Cornelia Janusch

gez. Patrick Hartmann
Fraktionsvorsitzender SPD

Kassel documenta Stadt

AfD
Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3265
Telefax 0561 787 3266
stadtverordnete@ks.afd-hessen.de

7. September 2020

Vorlage Nr. 101.18.1821

Resolution zum Erhalt des Kasseler Kraftwerks

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung setzt sich uneingeschränkt für den Erhalt des Kasseler Kraftwerks und die damit verbundenen Arbeitsplätze und die Unabhängigkeit und Sicherheit der Kasseler Energieversorgung ein.

Der Einsatz und die Fortentwicklung alternativer Brennstoffe zur weiteren Schadstoffreduktion im Kraftwerksbetrieb, werden von der Stadtverordnetenversammlung ausdrücklich begrüßt. Das klare Bekenntnis zu einer regionalen Versorgung mit Energie und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Stadt, dürfen jedoch nicht von einem einhundertprozentigen Ersatz des derzeitigen Brennstoffs Kohle abhängig gemacht werden.

Der Magistrat wird aufgefordert, der Kraftwerkserhaltung den unbedingten Vorrang vor Schadstoffreduktionsforderungen einzuräumen, die den Bestand des Kraftwerks und die damit verbundenen Arbeitsplätze gefährden könnten. Gleichwohl sind eine umweltschonende Verbrennung und der Einsatz moderner Technik zu fördern.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Sven Dreyer

gez. Michael Werl
Fraktionsvorsitzender